



[www.goetzpeter.de](http://www.goetzpeter.de)

## Bericht aus Berlin

2 / 2012

Viel Freude bei der Lektüre meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

*Peter Götz*

**Kontakt / Impressum: Peter Götz MdB, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Fraktion**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel. 030/227-74928 | Fax 030/227-76862 | [peter.goetz@bundestag.de](mailto:peter.goetz@bundestag.de)

In der Heizenau 37 | 76437 Rastatt-Wintersdorf | Tel. 07229/181840 | Fax 07229/181720 | [peter.goetz@wk.bundestag.de](mailto:peter.goetz@wk.bundestag.de)

# Aus dem Plenum

## Es geht voran in Europa

Die aktuellen Verhandlungen zum dauerhaften Europäischen Rettungsschirm ESM sind soweit vorangeschritten, dass der Vertragsentwurf in Kürze den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages zugeleitet wird. Der ESM soll Anfang Juli in Kraft treten und 500 Milliarden Euro für die Stabilisierung der Eurozone bereitstellen. Er wird mit einem Barkapital von 80 Milliarden Euro ausgestattet. Im März wird überprüft, ob die maximale Ausleihsumme von 500 Milliarden Euro ausreichend ist. Bei der Debatte über eine mögliche Aufstockung des ESM ist zu bedenken, dass das Bereitstellen von Geld die Probleme nicht löst. Die betroffenen Euro-Länder müssen vielmehr ernsthaft und glaubwürdig an der Haushaltskonsolidierung arbeiten. Entsprechende Strukturreformen sind Bestandteil des bereits vereinbarten Euro-Plus-Paktes. Auch bei den Verhandlungen zum Fiskalpakt sind die Finanzminister so gut vorangekommen, dass er auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs am 30. Januar 2012 verabschiedet werden kann. Nationale Schuldenbremsen werden dann verbindlich.

## Finanzmarktstabilisierungsgesetz

Der Bundestag hat in dieser Woche das zweite Finanzmarktstabilisierungsgesetz verabschiedet. Hiernach wird der Bankenrettungsfonds SoFFin bis Ende des Jahres wieder befristet geöffnet. Mit dem Gesetz soll der Gefahr vorgebeugt werden, dass die Staatsschuldenkrise auf das Finanzsystem und die Realwirtschaft übergreift. Im Falle einer Gefährdung sind jedoch zunächst die Aktionäre eines Finanzinstituts gefordert. Erst in einem zweiten Schritt können die Banken staatliche Hilfe in Anspruch nehmen. Der Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung

(SoFFin) wurde im Herbst 2008 eingerichtet, um deutsche Finanzinstitute zu retten und zu stabilisieren. Derzeit sind nach Auskunft der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung Hilfen des Sonderfonds von 43 Milliarden Euro unterzeichnet, davon 23,2 Milliarden Euro für Garantien und 19,8 Milliarden Euro für Kapitalmaßnahmen. Mit dem Restrukturierungsgesetz hat die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung die Aufgabe erhalten, gezielt die Restrukturierung von Instituten in den Blick zu nehmen. Der in diesem Zusammenhang gegründete sogenannte Restrukturierungsfonds trägt mit seinem Instrumentarium vorrangig dazu bei, künftig Banken Krisen zu vermeiden oder sie gegebenenfalls zu bewältigen. Die Rechte des Bundestages im Verfahren werden gestärkt. Zunächst ist nur ein Teil der Kreditemächtigung, rund 20 Milliarden Euro, verfügbar. Weitere 30 Milliarden Euro sind gesperrt und können nur mit Zustimmung des Finanzmarktgremiums, dem parlamentarischen Kontrollgremium für den Bankenrettungsfonds, eingesetzt werden.

## Gedenken an Opfer des Nationalsozialismus

Am 27. Januar hat der Deutsche Bundestag im Plenarsaal des Reichstagsgebäudes im Rahmen einer Gedenkveranstaltung der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Prof. Dr. Marcel Reich-Ranicki hat anlässlich des nationalen Gedenktages eine Rede gehalten. Vor 66 Jahren, am 27. Januar 1945, hatten Truppen der roten Armee das deutsche Konzentrationslager Auschwitz westlich von Krakau befreit. Seit 1996 ist der 27. Januar ein Nationaler Gedenktag. Weitere Informationen zu der Veranstaltung können unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) abgerufen werden. Hier finden Sie auch einen Mitschnitt der Veranstaltung.

Weitere Informationen: [www.goetzpeter.de](http://www.goetzpeter.de) oder [www.cducsu.de](http://www.cducsu.de)

## Gastredner

Das Rederecht in Sitzungen des Bundestages ist auf einen ausgewählten Personenkreis beschränkt. Neben den Abgeordneten haben die Mitglieder des Bundesrates und der Bundesregierung sowie ihre Beauftragten ein Rederecht; auch dem Wehrbeauftragten kann das Wort erteilt werden. Sonstigen Personen ist kein Rederecht eingeräumt. Es gibt allerdings seltene Ausnahmefälle, in denen Nichtparlamentarier im Plenarsaal des Bundestages sprechen. Dies sind vor allem ausländische Gäste und Redner zu besonderen Gedenksitzungen und Festakten. Solche Reden werden außerhalb einer regulären Plenarsitzung gehalten; bei Bedarf unterbricht der Bundestag für entsprechende Ansprachen seine Sitzung oder Beratungen.

# Nachrichten

## Götz diskutiert auf Podium zur Energiewende

Peter Götz hat diese Sitzungswoche bei einer Podiumsdiskussion zum Thema "Ohne Alternative? Die Energiewende der Bundesregierung und ihre Folgen" in Berlin teilgenommen. Die Veranstaltung wurde von der Eigentümerschutz-Gemeinschaft Haus & Grund organisiert. Mit dem mittelbadischen Bundestagsabgeordneten diskutierten unter anderem Jochem Schlotmann, Vizepräsident Haus & Grund, sowie die baupolitischen Sprecher der im Bundestag vertretenen Fraktionen.



Zahlreiche Gäste verfolgten die Podiumsdiskussion im Atrium der Deutschen Bank.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Werner Sonne vom ARD-Hauptstadtstudio



Fotos: Haus & Grund

**Die Podiumsdiskussion kann unter nachfolgendem Link in voller Länge angeschaut werden:**  
[http://www.hausundgrund-dortmund.de/hausundgrund\\_podiumsdiskussion\\_livestream.html](http://www.hausundgrund-dortmund.de/hausundgrund_podiumsdiskussion_livestream.html)

## Götz im Gespräch mit Schweizer Botschafter

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und Deutschland war Gegenstand eines Gesprächs des baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten in der Schweizer Botschaft in Berlin. Auf der Agenda standen u.a. die Fluglärmbelastung durch den Flughafen Zürich und der Ausbau der Rheintalbahn. Peter Götz konnte dabei Botschafter Dr. Tim Guldemann über den aktuellen Stand zum Rastatter Tunnel informieren.



v.l.n.r: Botschafter Dr. Tim Guldemann, Gesandter Dr. Urs Hammer, Peter Götz MdB

## Konstituierende Bundesvorstandssitzung der KPV

Am Nachmittag des 27. Januar 2012 fand in Berlin auf Einladung von Peter Götz in seiner Funktion als wiedergewählter Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) die konstituierende Sitzung des Bundesvorstandes gemeinsam mit den Vorsitzenden der Landesverbände statt. Neben der Arbeit- und Terminplanung für 2012 und der Vorbereitung der nächsten Bundesvertreterversammlung war unter anderem ein Gespräch mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Ole Schröder, auf der Tagesordnung.

Weitere Informationen zur KPV finden Sie auf der Internetseite: [www.kpv.de](http://www.kpv.de)

## Einige interessante Daten und Fakten...

### Finanzierungsüberschuss in der Sozialversicherung

Die Sozialversicherung verzeichnete in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres einen Finanzierungsüberschuss von rund 6 Mrd. Euro. Gemessen am vergleichbaren Vorjahreszeitraum, der noch ein Finanzierungsdefizit von 3,9 Mrd. Euro aufgewiesen hatte, entspricht dies einem Anstieg der Einnahmen um 2,4% auf 385,7 Mrd. Euro bei Ausgaben, die sich leicht unter dem Niveau der ersten drei Quartale 2010 bewegten. Die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung erhöhten sich in den ersten drei Quartalen 2011 um 1,8% auf 186,3 Mrd. Euro und stehen einem geringeren Anstieg der Ausgaben gegenüber. Damit ergab sich im ersten bis dritten Quartal für die gesetzliche Rentenversicherung ein Finanzierungsdefizit von 0,5 Mrd. Euro (Vorjahreszeitraum 2,7 Mrd. Euro). Auch die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherungen verzeichneten einen Anstieg: Im Vergleich zu den ersten drei Quartalen 2010 erhöhten sie sich um 5,4% auf 139,8 Mrd. Euro. Währenddessen wurde die Ausgabenentwicklung gedämpft durch die Wirkungen des zum 1. Januar 2011 in Kraft getretenen Gesetzes zur Neuordnung des Arzneimittelmarktes. Innerhalb der ersten drei Quartale 2011 ergab sich für die gesetzliche Krankenversicherung insgesamt ein Finanzierungsüberschuss von rund 5,3 Mrd. Euro (Vorjahr: 1,1 Mrd. Euro). Zwar entwickelten sich die Einnahmen der Bundesagentur für Arbeit im ersten bis dritten Quartal 2011 rückläufig. Durch die sich fortsetzende gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ging damit allerdings ein starker Rückgang der Ausgaben einher, sodass sie für die ersten drei Quartale 2011 einen Finanzierungsüberschuss von 1,2 Mrd. Euro aufweist. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

### Aktuelle Ergebnisse der Bevölkerungsstrukturdaten 2011

Im Jahr 2011 lag der Anteil der Ein-Personen-Haushalte in Deutschland bei 39,6% und blieb damit nahezu unverändert zum Vorjahr. Der Anteil der Mehrpersonen-Haushalte ohne Kinder 2011 lag bundesweit bei 31,2% und damit wie schon im Vorjahr über dem Anteil der Haushalte mit Kindern (29,2%). Der Anteil der Haushalte mit Kindern ist insbesondere in ländlichen Regionen hoch. Im Hinblick auf die Altersstruktur haben die Senioren-Haushalte (60+) mit 34,9% den größten Anteil, gefolgt von den 40-49jährigen mit 21,2% und den 50-59jährigen mit 17,4%. Der Anteil der jungen Haushalte ist im gesamtdeutschen Vergleich am geringsten: Auf die Haushalte der 30-39jährigen mit 15% folgt der Anteil der Haushalte unter 30 Jahren mit 11,5%. Der höchste Anteil junger Haushalte findet sich in Berlin – mit 15,7% liegt die Hauptstadt knapp 36% über dem Bundesdurchschnitt. Den höchsten Anteil verzeichnet Berlin auch bei den Haushalten mit geringem Nettoeinkommen: An Haushalten mit einem Monatsnettoeinkommen unter 1.100 Euro übersteigt die Stadt mit 24,7% den bundesweiten Durchschnitt um fast 75%. Der niedrigste Anteil an Geringverdienern findet sich mit 9,8% in Baden-Württemberg. Die Topverdiener-Haushalte mit einem Nettoeinkommen von mehr als 7.500 Euro finden sich vor allem in Hessen (5,3%), gefolgt von Bayern (4,7%) und Baden-Württemberg (4,5%). (Quelle: Gesellschaft für Konsumforschung)

### Zahl der BAföG-Empfänger steigt

Die Zahl der BAföG-Empfänger ist zwischen 2008 und 2010 um 16% von 333.000 auf 386.000 gestiegen. Im selben Zeitraum stiegen auch die durchschnittlichen monatlichen Förderbeiträge von 389 Euro auf 436 Euro. Insgesamt profitieren 25,8% aller Studenten vom BAföG, wobei vor allem die Zahl der Empfänger im Ausland in den letzten Jahren einen starken Anstieg verzeichnete (plus 54%). Die Ausgaben für das BAföG beliefen sich im Jahr 2010 auf 2,9 Mrd. Euro. In 2008 lagen sie noch bei 2,3 Mrd. Euro. Grund für die Steigerungen sind insbesondere die Verbesserungen durch das 22. und 23. BAföG-Änderungsgesetz, die zum 1.1.2008 und zum 1.10.2010 in Kraft traten. Sie brachten die Erhöhung der Bedarfssätze erst um zehn und dann nochmals um zwei Prozent, die Erweiterung des Kreis der BAföG-Berechtigten durch die Erhöhung der Altersgrenze für Masterstudierende auf 35 Jahre sowie die Anhebung des Freibetrags beim Elterneinkommen um zunächst acht und dann nochmals drei Prozent. (Quelle: BAföG-Bericht der Bundesregierung)